

Schöneiche links

Ausgabe September 2013

www.linke-schoeneiche.de

DIE LINKE.

Ortsverband Schöneiche bei Berlin

Am 22. September 2013 ist Bundestagswahl.

Zur Wahl gehen. DIE LINKE stärken.

Liebe Schöneicherinnen und Schöneicher,

am 22. September sind wir zur Wahl des Bundestages aufgerufen.

Sie mit wesentlichen Wahlaussagen der Partei vertraut zu machen und Ihnen Spitzenkandidaten der Partei aus Brandenburg mit ihren Aussagen, wofür sie stehen, vorzustellen, ist der Sinn der Ihnen vorliegenden Blättchen-Ausgabe.

Zu befürchten ist, dass die Bundestagswahl nicht zu einem notwendigen Richtungswechsel führt. Sie wird entweder mit Schwarz-Gelb zu einem „weiter so“ enden oder mit Rot-Grün

zwar einen Regierungswechsel aber zu keinem wirklichen Richtungswechsel führen.

Nur viele Stimmen für die Linkspartei schaffen den Interessen der arbeitenden Menschen Gehör und führen zu Druck auf die Regierenden.

SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN haben sich in ihren Wahlprogrammen Forderungen der Linkspartei in light-Version zu eigen gemacht – wie flächendeckender Mindestlohn, Vermögensabgabe, hohe Einkommen besteuern, Bankenregulierung. Keine Bewegung findet bei der Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen statt.

Beiden Parteien gegenüber ist daher gerechtfertigtes Misstrauen angebracht. Vergessen wir nicht, was uns Rot-Grüne-Koalitionen beschert hatten: Agenda 2010 mit Minijobs, Leiharbeit, Niedriglöhnen, Scheinselbständigen, Hartz-

Revolution?

Nein, einfach zeitgemäß: 10 Euro Mindestlohn sofort per Gesetz, 1050 Euro Mindestrente, Millionärsteuer einführen, Energie und Mieten für alle bezahlbar, Mindestsicherung statt Hartz IV, Waffenexporte verbieten!

www.die-linke.de

DIE LINKE.

IV-Sanktionen, Absenkung des Steuersatzes für hohe Einkommen, Verschlechterung der Rentenformel des Rentensatzes, Renteneinstieg mit 67 Jahren, Freiräume für Zockerbanken. Sie legten damit den Grundstein für den Abbau des Sozialstaates, führten zu Kinder- und Altersarmut, zu Löhnen, von denen man nicht leben kann. Und einen aussichtslosen Afghanistan-Kriegseinsatz.

DIE LINKE bot SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN eine Zusammenarbeit an, die zu einem wahren Richtungswechsel führen sollte. Die SPD erteilt einer Kooperation mit der Linkspartei eine deutliche Absage. Weil sie wohl weiß, dass sie dann zu einer anderen Politik gegenüber dem „weiter so“ genötigt wäre. Mit der Aussage, jede Stimme für DIE LINKE wäre eine Stimme für Schwarz-Gelb und verhindert den von SPD und den GRÜNEN versprochenen Richtungswechsel, wirbt er populistisch um Stimmen, die sie aber zu Nichts verpflichten. Wenn sich die gegenwärtigen Umfragewerte halten, so darf diese Einschätzung als Wunschdenken gewertet werden. Zu realistisch scheint das Szenario einer Großen Koalition. Schon daher, weil die CDU sich mit bestimmten Wahlaussagen bereits der SPD annähert. So entdeckt sie das Thema Gerechtigkeit. Selbst den Grünen ist zuzutrauen, dass sie sich der CDU als Partner andient. Dann sind aber die Wahlversprechen das Geschreibe von Gestern.

SPD und die GRÜNEN haben nach zehn Jahren Agenda 2010 und Hartz IV ein Glaubwürdig-

keitsproblem und spekulieren auf die Vergesslichkeit der Wähler.

Das Auftreten der SPD dient vor allem dem Ziel: DIE LINKE zu schwächen und aus dem Bundestag herauszuhalten. In Erwartung dieser Situation führt jede Stimme für DIE LINKE zu einer notwendigen starken Opposition im Bundestag, die dann immer wieder und hartnäckig ihre sozialen Forderungen stellt. Es ist daher nicht unwichtig, ob DIE LINKE mit 6,3 Prozent oder mit 10+ Prozent in den Bundestag einzieht.

Gerade die Wählerschaft der Ausgegrenzten, Dauerarbeitslosen und prekär Beschäftigten muss sich durch den sozialen Teil des Wahlprogramms angesprochen fühlen, die sich weitgehend in die politische Resignation – so Analysen, so die Wahlbeteiligung dieser Wähler – zurückgezogen haben. Die Übernahme gerade von sozialen Wahlzielen der LINKEN durch die etablierten Parteien zeigt doch, wie notwendig eine starke linke Fraktion im Bundestag mit ihrem Druck ist.

Andererseits geht es der Partei nicht allein darum, Geld umzuverteilen, sondern auch Lebensqualität und Lebenschancen zu schaffen – gleiche Teilhabe, gleicher Zugriff zu den gesellschaftlichen Möglichkeiten und Angeboten

Unsere Blättchen haben die Aufgabe, die Mediensperre gegenüber der Partei zu überwinden. Wir wollen Sie, verehrte Wählerinnen und Wähler, mit ihren Vorstellungen unmittelbar authentisch vertraut machen.

Mit diesem Blättchen verbinden wir die Erwartung, dass Sie sich überlegen, dass eine Stimme für DIE LINKE keine verschenkte Stimme ist, weil sie Ihre Interessen im Bundestag konsequent vertreten wird.

Im folgenden möchten wir Ihnen mit den wesentlichen Wahlaussagen der Linkspartei bekannt machen.

Fritz Viertel,
Vorsitzender
DIE LINKE. Schöneiche
bei Berlin



DIE LINKE: Original sozial. Einstieg in eine solidarische Alternative

Bei der Vorstellung des Entwurfs des Wahlprogramms stellt sich die Partei nach den beiden Bundesvorsitzenden, Katja Kipping und Bernd Riexinger, zunehmend als Gestaltungspartei für einen wahren Politikwechsel auf.

Aus dem Wahlprogramm lässt sich ableiten, was DIE LINKE darunter im wesentlichen versteht, nämlich

- die eingetretene soziale Kluft durch Agenda 2010 und Hartz-Gesetze überwinden,
- Militäreinsätze und Rüstungsexporte stoppen,
- Lebensweise sozialökologisch sichern,
- mehr direkte Demokratie einfordern.

Die Linkspartei schlägt daher eine „neue Agenda für soziale Gerechtigkeit“ vor.

Für gute Arbeit, für gleiche Arbeit in Ost und West guter Lohn, für gleichwertige Arbeit gleicher Lohn

Immer mehr Menschen sind laut Arbeitslosenstatistik in Arbeit, doch glücklich können viele trotzdem nicht sein, weil Arbeit immer prekärer, immer unsicherer und ungerechter wird: durch Minijobs, Niedriglöhne, Leiharbeit, zunehmende befristete Arbeitsverhältnisse, Stress in der Arbeit durch ständig steigende Arbeitsanforderungen.

„Arm trotz Arbeit“ heißt: Für Millionen in Deutschland ist das bittere Realität geworden.

Fast acht Millionen Beschäftigte erhalten für geleistete Arbeit nur Niedriglöhne. Rund 1,4 Millionen Menschen müssen zusätzlich zu ihrem Lohn Sozialleistungen beantragen.

Aber die reichsten zehn Prozent besitzen gemeinsam mehr als zwei Drittel des Nettovermögens, 40 Prozent teilen sich den Rest. Die anderen

50 Prozent – die ärmere Hälfte der Bevölkerung – haben nichts oder Schulden: Ihnen gehörten zusammen gerade einmal ein Prozent des gesamten Vermögens.

Die Politik hat sich wochenlang mit einer Diskussion über eine Quotierung für Frauen in Aufsichtsräten aufgehalten, anstatt sich mit der einzulösenden Forderung für gleichwertige Arbeit gleicher Lohn zu beschäftigen. Diese Forderung ist grundgesetzwürdig.

Der Arbeitsmarkt muss gesetzlich neu geordnet werden. Die rasant gestiegenen Lebenshaltungskosten seit 2009 rechtfertigen jetzt einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro. Minijobs sind in reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu überführen.

Die Hartz-IV-Sanktionen sind abzuschaffen; die Hartz-IV-Sätze sind auf 500 Euro anzuhäben.

Eine Rente zum Leben

Selbst wer heute Vollzeit arbeitet, muss im Alter mit Armut rechnen – ganz abgesehen von Hartz-IV-Empfängern, 400 Euro-Jobbern. Dem steht das Konzept einer solidarischen Rentenversicherung entgegen. Vor Altersarmut soll schützen:



- Das Rentenniveau ist wieder auf 53 Prozent des letzten Nettodurchschnittsverdienstes anzuheben.
- Alle Erwerbstätigen zahlen ein, auch Selbstständige, Beamte, Politiker.
- Die Beitragsbemessungsgrenze ist aufzuheben.
- Eine solidarische Mindestrente in Höhe von 1050 Euro ist einzuführen.
- Der Renteneinstieg mit 67 Jahren ist zurückzunehmen.

Umverteilen – Reichtum besteuern

Der private Reichtum in Deutschland ist in den vergangenen Jahren trotz Krise rasant gewachsen, auch weil die Steuern für Unternehmen und Reiche in der Regierungszeit von SPD und Grünen drastisch gesenkt wurden.

Es ist absurd: Die Verursacher gehen gestärkt aus der Wirtschafts- und Finanzkrise heraus; zur Kasse werden nicht sie gebeten, sondern die restlichen 90 Prozent.

Daher die Forderung *Reichtum umverteilen*. *Umverteilen von oben nach unten* ist die sozial gerechte Lösung zur Finanzierung der Sozialaufgaben. So durch

- Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 53 Prozent – wie schon vor Rot-Grün,
- Forderung einer Reichensteuer von 75 Prozent auf jeden Euro Einkommen über eine Million im Jahr.



Daraus ergeben sich Zusatzeinnahmen von rund 180 Milliarden Euro. Die Kosten für das Sozialprogramm der LINKEN erfordert 160 Milliarden Euro.

Geld ist genug da, aber ungerecht verteilt. Um die Mitte und sozial Schwachen zu entlasten, sind die großen Vermögen und Reichen stärker zu belasten.

Gesundheit gerecht finanzieren

Die Gesundheit darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Die derzeitige Gesundheitspolitik führt zur Zwei-Klassen-Versorgung. Daher will DIE LINKE eine *solidarische Bürgerversicherung*:

- Alle zahlen ein.
- Alle Zuzahlungen werden abgeschafft.
- Die paritätische Finanzierung wird wieder hergestellt.
- Eine bessere Personalausstattung in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen wird gebraucht.

Soziale Herkunft darf Bildungsweg nicht prägen

Für einkommensschwache Haushalte ist durchgängig Gebührenfreiheit für Schule und Studium angesagt. Die frühzeitige Sortierung auf dem Weg zur Hochschulreife ist durch längeres gemeinsames Lernen, mindestens bis zur 10. Klasse zu vermeiden.

220 000 Betreuungsplätze für Kinder ab drei Jahren im März fehlten noch. Ab 1. August trat der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz in Kraft. Zweifel für eine qualitätsgerechte Betreuung sind angesagt, weil Räumlichkeiten und qualifiziertes Personal fehlen. Anstelle der „Herdprämie“ sind die Kita personell und materiell so auszustatten, dass der Rechtsanspruch gewährleistet wird.

DIE LINKE fordert die kostenlose und hochwertige Essenversorgung für alle Kinder in der gebührenfreien öffentlichen Kinderbetreuung.

DIE LINKE Schöneiche bleibt bei der Aufgabe, Einführung einer *Gemeinschaftsschule in Schöneiche* „am Ball“.

Verteuerung des Alltags verhindern

Energie, Wasser, Verkehr, Gesundheit, Wohnen gehören in einem Sozialstaat zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Zum neoliberalen Kurs von Kohl-Schröder-Fischer gehörte die zunehmende Privatisierung dieser Einrichtungen mit dem Argument, Privat kann es besser als der Staat. Besser konnte Privat höhere Tarife, Gebühren, Mieten, Beiträge vom Bürger abverlangen und für sich Gewinne einstreichen.

Explodierende Mieten, hohe Strompreise, steigende Gesundheitskosten – wenn der Staat sich zurückzieht, zahlt die Mehrheit für die Profite einer Minderheit.

Damit Wohnen bezahlbar bleibt: Mieten deckeln, sozialen Wohnungsbau jetzt.

Rekommunalisierung ist daher angesagt, damit die Kommunen wieder im Interesse ihrer

Mitbürger handeln können, d. h., Kommunen finanziell zur Rekommunalisierung und zur Investitionstätigkeit in den Wohnungsbau befähigen.

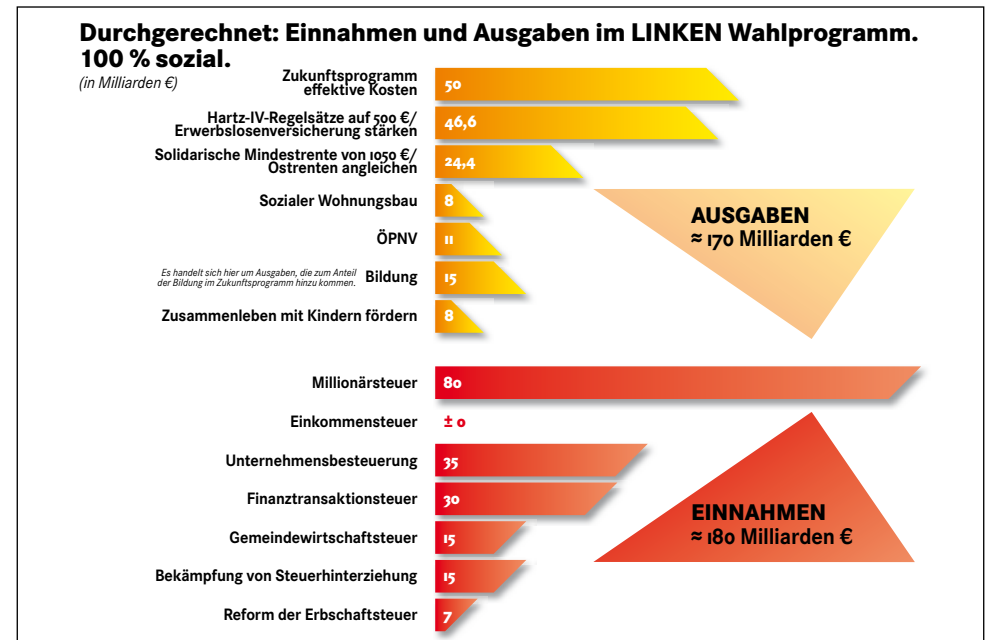
Sozialökologisch nachhaltig leben, Energiewende sozial gestalten

Ohne soziale Gerechtigkeit bleiben eine ökologisch orientierte Wirtschaft und nachhaltige Lebensweise leere Versprechen.

Mit dem Plan B für einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft hat DIE LINKE ein Konzept, das Ökonomie, Soziales und Ökologie als notwendige Einheit herstellt.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist ein wesentlicher Schlüssel zu einer nachhaltigen und auf Dauer sozialverträglichen Energieversorgung. Sie hat dabei ganz klar nicht nur ökologische und ökonomische, sondern auch eine soziale Komponente – so gegen steigende Strompreise.

Weil auch an Schöneiche der Klimawandel nicht vorbeigeht, woraus eine Verantwortung für Klima- und Umweltschutz durch Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger abgeleitet werden muss, hat DIE LINKE



Schöneiche eine Initiative für eine *Energiewende in Schöneiche* ausgelöst.

Konsequent gegen Militäreinsätze und Rüstungsexporte

Militäreinsätze sind erwiesenermaßen keine Lösungen. Sie führen in der Regel zu einem Desaster. Nationalismus, Extremismus, Separatismus, Verelendung und Verfolgung sind die Folge. Rüstungsexporte heizen die Konflikte noch an.

Die Jahre nach Beendigung des Kalten Krieges stehen auch dafür, dass durch Militäreinsätze – auch mit UN-Mandat – und Rüstungsexporte die Welt für die Menschen nicht friedlicher geworden ist. Daher lehnt DIE LINKE beides strikt ab.

Nach „Afghanistan raus“ sind die notwendigen Entwicklungsmilliarden am korrupten Kabul-Regime vorbei direkt vor Ort einzusetzen: so für Schulen, Krankenhäusern, Straßen, Arbeitsplätze, Wasseraufbereitung.

Waffenexporte nach Saudi-Arabien zeigen, dass die Verletzung von Menschenrechten kein Ausschlusskriterium für Waffengeschäfte sind. Niemand darf Profite mit dem Krieg machen.

So machen mehr Waffen den Bürgerkrieg in Syrien nicht gerechter.

Mehr Demokratie („... wagen“), mehr Bürgerbeteiligung

Die Notwendigkeit der frühzeitigen Bürgerbeteiligung hat mit Stuttgart 21, BER-Fluglärm und anderen Ereignissen einen Schub bekommen. Wenn Politik sich allein auf die repräsentative Demokratie verlässt, führt diese Haltung zu Politik- und Parteienverdrossenheit. Politik und Verwaltung müssen begreifen, dass die frühzeitige Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger zu mehr Effizienz, Akzeptanz und Transparenz von Entscheidungen führt.



Daher nehmen Forderungen nach Volksbegehren, Volksentscheiden, mehr Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen im Wahlprogramm einen breiten Raum ein.

DIE LINKE in Schöneiche arbeitet im Ort in dieser Hinsicht. Für eine größere Bürgerbeteiligung in Schöneiche zielen Vorschläge an die Gemeindevertretung ab. So gehört auch das Projekt Bürgerhaushalt dazu.

Der Ortsverband DIE LINKE hat nicht unwesentlich mit seiner Initiative, der sich weitere Ortsverbände angeschlossen haben, gegenüber Landesvorstand und Landtagsfraktion beigetragen, dass die Landesregierung das überwältigende Ergebnis des Volksbegehrens für ein Flugverbot von 22 bis 6 Uhr erst einmal als Handlungsauftrag akzeptieren musste.

Europa sozial und demokratisch gestalten

DIE LINKE hat zur Europäischen Union eine klare Haltung. Sie ist für ein Europa, das aber seinen neoliberalen Kurs aufgibt, der die politische und ökonomische Ungleichheit zwischen den Mitgliedern noch verschärft. Sichtbar ist das Versagen in der Außen- und Sicherheitspolitik, in der Hilflosigkeit bei der Lösung der Staatsschulden- und Finanzkrise im Euroraum. Insofern muss eine Kehrtwende eintreten – zu einer wahren Sozial- und Wirtschaftsunion auf gleicher Augenhöhe, zu einer grundsätzlichen anderen Europapolitik.

Unsere brandenburgischen Spitzenkandidaten

■ Thomas Nord



Platz 2 der Landesliste, Direktkandidat im Landkreis Oder-Spree und in Frankfurt (Oder)

Beruf: Maschinen und Anlagenmonteur, Kulturwissenschaftler
geboren: 19. Oktober 1957 in Berlin
Vater von zwei Kindern

Bundestagsabgeordneter seit 2009, Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der EU, Sprecher der Brandenburger Bundestagsabgeordneten; bis Februar 2012 Vorsitzender der LINKEN in Brandenburg und seit Juni 2012 Mitglied des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE; ehemaliger Mitarbeiter von Stephan Heym; trotz seines Wechsels in die Bundesspitze der LINKEN blieb er „geerdet“ – ist er der Kommunalpolitik im Wahlkreis 63 nicht verloren gegangen: Engagierte sich so für den Erhalt von öffentlichen Einrichtungen, eine vernünftige Entwicklung von erneuerbaren Energien, gegen die unzeitgemäße Förderung fossiler Energiegewinnung, für ein Nachtflugverbot am Flughafen BER zwischen 22 und 6 Uhr.

■ Diana Golze



Platz 1 der Landesliste, Direktkandidatin in Brandenburg (Havel) – Potsdam-Mittelmark I – Havelland III – Teltow-Fläming I

Beruf: Diplom-Sozialpädagogin
geboren: 18. Juni 1975 in Schwedt
verheiratet, Mutter von zwei Kindern

Stellvertretende Vorsitzende DIE LINKE. Brandenburg, Bundestagsabgeordnete seit 2005, Mitglied des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Sie hat sich nicht nur dort einen ausgezeichneten Ruf als Sozialpolitikerin erarbeitet. Vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik gilt sie als engagierte, kompetente Fachfrau und das über die Parteigrenzen hinaus. Damit ist sie authentisch, auch im Spitzenteam der Bundespartei.

Impressum:

Schöneiche links –
Informationen des Ortsverbandes
DIE LINKE. Schöneiche bei Berlin
V.i.S.d.P.: Fritz Viertel, Vorsitzender
DIE LINKE. Schöneiche bei Berlin
Redaktionsschluss: 2. 9. 2013
E-Mail: dielinke-schoeneiche@gmx.de
Internet: www.linke-schoeneiche.de

Am 22. September

DIE LINKE.

**100%
SOZIAL**

www.100-Prozent-sozial.de

